NIEDERSCHRIFT

<u>über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt</u> <u>Marburg</u>

<u>der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 24.11.2006, 17:00 Uhr</u> <u>35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50</u>

Anwesenheit:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	B 90 / Die	
Herr Stadtrat Biver, Nico	Marburger Linke	
Herr Stadtrat Hertlein, Jürgen	SPD	
Herr Bürgermeister Dr. Kahle, Franz	B 90 / Die Grünen	
Frau Stadträtin Laßmann, Alev	B 90 / Die Grünen	
Frau Stadträtin Müller-Wickenhöfer, Johanna	FDP	
Herr Stadtrat Rehlich, Jürgen	CDU	
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	CDU	
Frau Stadträtin Schulze-Stampe, Ursula	SPD	- e -
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis	SPD	
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus	SPD	
Herr Stadtrat Stötzel, Wieland	CDU	
Herr Oberbürgermeister Vaupel, Egon	SPD	
Frau Stadträtin Dr. Weinbach, Kerstin	SPD	
Herr Aab, Peter	SPD	
Herr Acker, Matthias	SPD	
Herr Backes, Björn	SPD	
Herr Becker, Reinhold	SPD	
Frau Böttcher, Bettina	SPD	
Frau Brahms, Karin	SPD	
Frau Daser, Dagmar	SPD	
Frau Dinnebier, Kirsten	SPD	
Herr Hussein, Schaker	SPD	
Frau Lotz-Halilovic, Erika	SPD	
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer, Heinrich	h SPD	
Frau Mertins, Barbara	SPD	
Herr Meyer, Uwe	SPD	
Herr Dr. Musket, Ralf	SPD	
Herr Dr. Rausch, Ulrich	SPD	
Frau Seelig, Johanna	SPD	
Frau Sell, Sonja	SPD	
Herr Severin, Ulrich	SPD	

SPD Herr Weidemann, Gerald SPD Frau Wölk, Marianne Frau Ackermann, Barbara CDU Frau Gottschlich, Hannelore CDU Herr Heck, Hermann CDU Herr Heubel, Christian CDU Herr Jannasch, Manfred CDU Frau Kaufmann, Anita CDU Herr Kissel, Winfried CDU Herr Lohse, Ingo CDU Frau Oppermann, Anne CDU Herr Pfalz, Roger CDU CDU Frau Dr. Pötter, Claudia Frau Röhrkohl, Anni CDU Herr Sauer, Florian CDU Frau Schaffner, Karin CDU Herr Scherer, August CDU Frau Prof. Dr. Simon, Babette CDU Herr Stompfe, Philipp CDU CDU Herr Vaupel, Dirk Herr Dr. Wulff, Reimer CDU

Frau Dr. Baumann, Petra B 90 / Die Grünen B90/Die Grünen Frau Dorn, Angela Herr Göttling, Dietmar B 90 / Die Grünen B 90 / Die Grünen Herr Markus, Jürgen B 90 / Die Grünen Frau Neuwohner, Elke Frau Perabo, Dr. Christa B 90 / Die Grünen Frau Pistor, Sabine B90/Die Grünen Herr Schäfer, Wolfram B 90 / Die Grünen Frau Dr. Therre-Staal, Elke B90/Die Grünen B90/Die Grünen Herr Weber-Hofmann, Reinhard Frau Darabos, Alexandra Marburger Linke Frau Gottschaldt, Eva Christiane Marburger Linke Herr Köster-Sollwedel, Henning Marburger Linke Herr Metz, Peter Marburger Linke Frau Schäfer, Birgit Marburger Linke

Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich FDP
Frau Schwebel, Gerlinde FDP
Herr Ludwig, Heinz MBL
Herr Dr. Uchtmanh, Hermann MBL

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Der Stadtverordentenvorsteher Heinrich Löwer - SPD-Fraktion - eröffnet die Sitzung um Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17. Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Oktober 2006 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

Als Anlage zur Niederschrift wurde allen Stadtverordneten die Bandabschrift der Debatte zum TOP 5, betreffend Lärmschutz in Marburg, der Sitzung der Stadtverordentenversammlung vom 13. Oktober 2006 vorgelegt.

Der Stadtverordnete Heubel trägt zu seinen Ausführungen auf Seite 5 oben der Bandabschrift eine persönliche Erklärung vor.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher trägt vor, dass für die heutige Tagesordnung 3 Dringlichkeitsanträge vorliegen.

1. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktionen "Zuschuss für Waggonhalle" Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) begründet sie Dinglichkeit der zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

In der anschließenden Abstimmung unterstützt nur die CDU-Fraktion die Dringlichkeit. Damit ist die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte 2/3 Mehrheit nicht erreicht. Der Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Dringlichkeitsantrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

2. Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion "Winterdienst im Südviertel"
Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Jannasch (CDU).

Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte Mehrheit von 2/3 aller Stadtverordneten jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung mit aufgenommen werden.

3. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Marburger Linke "Unterstützung der Verfassungsklage gegen Studiengebühren"

Die Dringlichkeit wird zusätzlich begründet durch die Stadtverordnete Schäfer (ML). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU). Nach Ergänzung des Antrages durch den Stadtverordneten Metz lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Für die Dringlichkeit sprechen sich die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Marburger Linken aus. Damit ist jedoch die von der hessischen Gemeindeordnung geforderte Mehrheit von 2/3 aller Stadtverordneten nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Alle Dringlichkeitsanträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Als weitere Änderung zur Tagesordnung wünscht der Stadtverordnete Heubel (CDU) die Vertagung des Tagesordnungspunktes 23.9 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Prävention von Adipositas" VO/0787/2006

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachewünsche bekannt und geht auf die zurückgestellten Vorlagen ein. Die ausgedruckte Tagesordnung wird im Übrigen genehmigt.

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 1 11/2006) Vorlage: VO/0890/2006

Der Magistrat möge Auskunft geben, wie hoch der jährliche Trinkwasserverbrauch der Trinkwasserbrunnen in der Stadt Marburg seit deren Neueinrichtung 2003, aufgegliedert nach Jahren, war und aus welchen Brunnen in den vergangenen Jahren das als "Trinkwasser" gekennzeichnete Wasser floss.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Stadtgebiet Marburg werden 11 der insgesamt 23 Brunnenanlagen aus dem Trinkwassernetz gespeist. Sieben dieser 11 Brunnen sind als Trinkbrunnen deklariert

Brunnen mit Trinkwasserqualität:

- Mönchsbrunnen, Steinweg 35 (Pferdetränke) (erhält ein neues Trinkbecherschild)
- Bärenbrunnen, Schneidersberg
- Wasserscheide, Wettergasse 48
- Heumarkt, Barfüßerstr. 48 (erhält ein neues Trinkbecherschild)
- Rudolphsplatz, vor Volksbank
- Landgraf Phillippstr. (Saukopfbrunnen)
- Richtsberg, Am Marktplatz

Der Trinkbrunnen am Richtsberg wurde erst in 2006 eingeweiht, so dass noch keine verlässlichen Verbrauchswerte vorliegen.

Der hohe Verbrauch des Trinkbrunnens am Rudolphsplatz ist auf den, am gleichen Wasserzähler angeschlossenen Springbrunnen zurückzuführen.

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 2 11/2006) Vorlage: VO/0891/2006

Der Magistrat möge Auskunft geben, wie viele Brunnen die Stadt Marburg auch in den Ortsteilen unterhält und aus welchen im Sommer 2006 als "Trinkwasser" gekennzeichnetes Wasser, aus welchen als "Kein Trinkwasser" gekennzeichnetes Frischwasser, aus welchen Wasser durch Umwälzpumpen fließt und ob es weitere Brunnen ohne Kennzeichnung gibt, aus denen Wasser fließt bzw. in denen Wasser sprudelt.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

- Die Brunnen mit Trinkwasserqualität befinden sich im Stadtgebiet und sind als solche beschildert.
- Frischwasserbrunnen ohne Trinkwasserqualität sind:

Elisabetbrunnen (Wehrdaer Weg), Stiftstraße Ockershausen (Quellwasserbrunnen), Weidenhäuser Str. 100, Steinweg 10 (oberer Steinweg). Bei diesen Brunnen wird durch eine symbolische Beschilderung (durchgestrichener Trinkbecher) vor dem Genuss des Wassers gewarnt.

- Die Brunnen in den Ortsteilen sind:
 Goldbergstr. und Teichweg (beide Cappel), Lindenplatz und Stümpelstal
 (beide Michelbach). Bei allen vier handelt es sich um Brunnen mit
 Umwälzwasser, die entsprechend gekennzeichnet sind.
- Bei Springbrunnen wird auf eine Warnbeschilderung verzichtet.

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 3 11/2006) Vorlage: VO/0914/2006

Welche Marburger Schulen nehmen am Programm der hessischen Landesregierung "Gesundheitsfördernde Schule" teil?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Insgesamt 7 Schulen der Stadt Marburg arbeiten in verschiedenen Projekte und Bezügen im Bereich "Gesundheitsfördernde Schule".

Dies sind:

- Geschwister-Scholl-Schule
- Brüder-Grimm-Schule
- Astrid-Lindgren-Schule
- Elisabethschule
- Kaufmännische Schulen
- Käthe-Kollwitz-Schule und
- Pestalozzischule

Die einzige Schule, die bisher teilzertifiziert ist (für den Bereich "Bewegung"), ist die Käthe-Kollwitz-Schule.

Um 17:48 Uhr hat die stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 4 11/2006) Vorlage: VO/0893/2006

Warum muss man an der Kreuzung der Schwanallee/Friedrich-Naumann-Straße/Am Schwanhof grundsätzlich anhalten, wenn man die Schwanallee vom Wilhelmsplatz in Richtung Gisselberger Straße bzw. von der Großseelheimer Straße in Richtung Wilhelmsplatz befährt und wäre es nicht sinnvoll hier für eine "grüne Welle" zu sorgen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ergänzend zu der kleinen Anfrage Nr. 11 zu der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. September 2006 zum gleichen Thema wurde bei mehreren Versuchsfahrten die Koordinierung der Lichtsignalanlagen in der Schwanallee überprüft.

Dabei konnte festgestellt werden, dass insbesondere stadtauswärts ein Befahren mit nur wenigen und kurzen Halten möglich war.

In Richtung Innenstadt konnte die Schwanallee teilweise auch ohne Anhalten befahren werden. Je nach Verkehrssituation war ein Auflaufen an der Lichtsignalanlage Schwanallee/Friedrich-Naumann-Straße zu beobachten. Nach wenigen Sekunden erfolgte jedoch die Freigabe für diese Fahrzeuge.

Aufgrund der geänderten Verkehrssituation durch den Ausbau der Schwanallee wurde im Jahr 2002 die exakte Abstimmung der Signalzeiten durch ein Ingenieurbüro berechnet und umgesetzt.

Unabhängig davon wird geprüft, ob eine weitere Optimierung der Koordinierung der angesprochenen Lichtsignalanlagen der Schwanallee möglich ist.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (ML) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr. 5 11/2006) Vorlage: VO/0915/2006

Was unternimmt der Magistrat der Stadt Marburg dagegen, dass werktags Zulieferer in die Oberstadt bis 13 Uhr und teilweise bis 14 Uhr die Wettergasse und die Barfüßerstraße befahren und so die Aufenthaltsqualität der Besucher, insbesondere der dort in den Gaststätten und Restaurants zu Mittag essenden Menschen massiv beeinträchtigen?

Da sich der Fragesteller nicht im Raum befindet, wird die Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Es wird künftig dafür Sorge getragen, dass in der Oberstadt während der Sperrzeiten auch an Werktagen - von Montag bis Freitag - verstärkt Kontrollen durchgeführt werden.

Versorgungsfahrzeuge, die von der Straßenverkehrsbehörde Ausnahmegenehmigungen erhalten haben, werden auch künftig über die Straßen Reitgasse, Marktgasse und Barfüßerstraße fahren. Für die Straßen Neustadt und Wettergasse werden nur in Ausnahmefällen Tagesgenehmigungen - wie z. B. für Umzüge, Handwerker - erteilt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Angela Dorn (Nr. 6 11/2006) Vorlage: VO/0861/2006

Was unternimmt der Magistrat der Stadt Marburg, die Verkehrssituation für Radfahrer im Bereich des Rudolphsplatzes nach dem Wegfall der Gemeinschaftsfahrspur für ÖPNV und RadlerInnen (vor der Ampel aus der Universitätsstraße Richtung Biegenstraße bis zur Höhe Cineplex) wieder zu verbessern? Kann dazu von der neuen überbreiten Bushaltestelle eine Radspur abgetrennt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch die Änderung der Verkehrsregelung in diesem Bereich wurde für den ÖPNV eine Verbesserung erreicht.

Bei der alten Regelung wurden oft Busse aus Richtung Universitätsstraße blockiert, da aus der Straße Am Grün trotz Rückstau in die Kreuzung eingefahren sind. Dies wird durch die jetzt mögliche Nutzung auch der zweiten Spur als Aufstellfläche für die nächste Lichtsignalanlage verhindert.

Für den Bereich zwischen dem Alten Brauhaus und der neuen Volksbank Mittelhessen sind bauliche Maßnahmen geplant. Im Rahmen dieser Planung finden auch die Belange der Radfahrer durch Einbeziehung des Radverkehrsbeirates Berücksichtigung.

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhard Weber-Hofmann (Nr. 7 11/2006) Vorlage: VO/0862/2006

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, was aus den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium (CG) geworden ist, deren Mietverträge Anfang Mai von der Universität gekündigt wurden und ist der Magistrat der Stadt Marburg in der Lage, der Philipps-Universität eine geeignete Immobilie zu überlassen, die den wohnungslosen Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium (CG) angeboten werden kann?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Nachdem zahlreiche Versuche, eine anderweitige Unterbringung des Studentenwohnheims zu akzeptablen Finanzierungskonditionen zu finden, ohne Erfolg geblieben sind, habe ich mich Anfang November auf Beschluss des Verwaltungsrats des Collegium Gentium an Udo Corts als den zuständigen Minister mit der Bitte gewandt, eine Sonderfinanzierung zu gewähren bzw. sich für die Aufnahme einer entsprechende Position in den Haushaltsplan des Landes einzusetzen.

Nur mit einer solchen finanziellen Unterstützung wird es möglich sein, das seit mehr als fünfzig Jahren bestehende Collegium Gentium weiterzuführen.

Eine Antwort des Ministeriums liegt mir noch nicht vor.

Ich habe gehört, dass das Collegium Gentium auch jetzt noch, nach Kündigung der Räume, bewohnt wird. Wie viele Studierende dort leben, weiß ich nicht. (Die Anzahl der gemeldeten Personen könnte ich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht nennen.) Ich weiß aber, dass die Universität dabei ist, Klagen vorzubereiten mit dem Ziel, das Gebäude zu räumen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Hussein (SPD) wird ebenfalls duch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 8 11/2006) Vorlage: VO/0863/2006

> Welche juristischen Voraussetzungen müssen gegeben sein, um ein Enteignungsverfahren gegen Dr. Rother einzuleiten, um der Otto-Ubbelohde-Schule endlich zu einer eigenen Turnhalle zu verhelfen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Voraussetzungen des baurechtlichen Enteignungsverfahren sind in §§ 85 ff. BauGB geregelt.

Nach § 87 BauGB ist Voraussetzung für die Zulässigkeit einer baurechtlichen Enteignung, dass "das Wohl der Allgemeinheit sie erfordert und der Enteignungszweck auf andere zumutbare Weise nicht erreicht werden kann".

Daneben sind in § 87 und folgenden Paragraphen weitere Voraussetzungen der baurechtlichen Enteignung genannt.

Neben der Möglichkeit der Enteignung sieht das Baurecht auch das baurechtliche Umlegungsverfahren vor. Danach werden Grundstücke in einem Gebiet neu geordnet, um das Ziel eines Bebauungsplans erreichen zu können. Das Umlegungsverfahren ist in §§ 45 ff. BauGB geregelt.

Sowohl gegen das nur in sehr engen Grenzen zulässige Enteignungsverfahren als auch gegen das Umlegungsverfahren stehen den betroffenen Eigentümern im konkreten Fall des Fronhofgeländes Rechtsbehelfe zur Verfügung. Sollte es nicht zu einer Einigung mit den betroffenen Grundstückseigentümern kommen, ist davon auszugehen, dass mehrjährige Rechtsstreite die Folge wären. Denn zumindest ein Eigentümer hat angekündigt, dass er für den Fall, dass mit ihm keine Einigung erzielt werde, alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen wolle, um eine zwangsweise Umlegung bzw. Enteignung zu verhindern.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster und Metz (ML), sowie Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Gerald Weidemann (Nr. 9 11/2006) Vorlage: VO/0864/2006

Wie viele (städtische) Kegelbahnen stehen in Marburg zur Verfügung und wie sind diese ausgelastet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Folgende städtische Kegelbahnen stehen in Marburg zur Verfügung.

Standort	Bahnen	Auslastung caWerte (nach Rücksprache mit den Verwalter/-innen)
Parkhaus Pilgrimstein	4	100 %
Sporthalle GG-Stadion	2	70 %
Bürgerhaus Bauerbach	2	50 %
Bürgerhaus Cappel	2	70 %
Bürgerhaus Marbach	1	90 %
Bürgerhaus Michelbach	2	60 %
Bürgerhaus Moischt	2	60 %

Die Nutzungszeiten liegen zwischen 16:00 und 23:00 Uhr und an den Wochenenden.

Stand: 30.10.2006

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 10 11/2006) Vorlage: VO/0865/2006

Der Magistrat wird ersucht Auskunft zu geben, wer Baulastträger für die Sonnenblickallee ist und ob an der Kreuzung von der Großseelheimer Straße herkommend Richtung Richtsberg und Trimm-Dich-Pfad am Hansenhaus ein Kreisverkehr eingerichtet werden kann?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Baulastträger für die Sonnenblickallee ist das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV).

Die Anfrage wurde an das ASV mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet. Von dort erhält die Stabsstelle zur Unterstützung und Betreuung kommunaler Gremien Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung zur Weiterleitung an die Fragestellerin.

Vorlage: VO/0866/2006

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, wie viele Verkehrsunfälle in den letzten 5 Jahren an der Kreuzung von Großseelheimer Straße herkommend Richtung Richtsberg und Trimm-Dich-Pfad am Hansenhaus passiert sind.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der Polizei ist seit dem Jahre 2003 bis heute ein Verkehrsunfall mit Sachschaden aufgenommen worden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 12 11/2006) Vorlage: VO/0867/2006

> Ist dem Magistrat bekannt, ob Förderanträge der hessischen Kommunen zur Finanzierung des öffentlichen Brandschutzes in Hessen durch das Land Hessen nicht berücksichtigt wurden?

> Ist es dadurch zu einem Antragsstau zu Lasten unserer oder anderer Feuerwehren gekommen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Förderung des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe nach den Vorschriften des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz erfolgt durch Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer und aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht gemäß den Brandschutzförderrichtlinien nicht.

Aufgrund des festgelegten Verfahrens für die Beantragung von Zuwendungen des Landes Hessen zur Förderung des Brandschutzes ist dem Magistrat nicht bekannt, ob Förderanträge der hessischen Kommunen zur Finanzierung des öffentlichen Brandschutzes in Hessen durch das Land Hessen nicht berücksichtigt wurden. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden reichen ihre Anträge beim Landkreis ein. Der Landkreis prüft die Anträge in fachlicher Hinsicht und auf Vollständigkeit der Unterlagen. Der Landkreis erstellt eine Prioritätenliste für das folgende Haushaltsjahr und reicht diese mit den Anträgen beim Ministerium des Innern und für Sport ein. Der Entwurf der Antragsliste ist zuvor im Rahmen einer Bürgermeister-Dienstversammlung zu erörtern.

Die kreisfreien Städte und die Städte mit Sonderstatus (wie Marburg) reichen ihre Anträge ebenfalls unmittelbar beim Ministerium des Innern und für Sport ein. In allen Fällen nimmt das Ministerium des Innern und für Sport eine abschließende Prüfung der Anträge vor und legt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel fest, welche Maßnahmen gefördert werden können. Die Kommunen, deren Vorhaben gefördert werden sollen, erhalten einen entsprechenden Bescheid. Aufgrund dieses Verfahrensweges hat nur das Hessische Ministerium des Innern

und für Sport eine Übersicht darüber, welche Förderanträge der hessischen Kommunen zur Finanzierung des öffentlichen Brandschutzes in Hessen durch das Land nicht berücksichtigt werden konnten.

Für den Bereich der Stadt Marburg wurden alle eingereichten Anträge zur Gewährung von Zuwendungen des Landes zur Förderung des Brandschutzes bisher positiv beschieden. Es liegen zurzeit keine Anträge der Stadt Marburg beim Ministerium des Innern und für Sport für Fördermaßnahmen zur Entscheidung vor. Entsprechende Anträge werden voraussichtlich wieder für das Haushaltsjahr 2008 gestellt.

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Björn Backes (Nr. 13 11/2006) Vorlage: VO/0916/2006

Gibt es einen Säuberungsplan für die einzelnen Gassen der Oberstadt und wenn ja, kann dieser Plan von den Bürgern angefordert werden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Welche Straßen und Gassen der Oberstadt der allgemeinen Straßenreinigung unterliegen, in welcher Häufigkeit (1-mal, 2-mal oder 3-mal pro Woche) und in welchem Umfang (Straßenflächen und/oder Gehweg) die Säuberung erfolgt ergibt sich aus der Straßenreinigungssatzung (Anlage 1).

Diese kann direkt im Internet auf der Homepage der Stadt Marburg (www.marburg.de) eingesehen werden. Darüber hinaus sind diese Informationen auch in der Bürgerinformation "Straßenreinigung und Winterdienst" enthalten. Diese liegt im Bürgerbüro, im Umweltamt und beim DBM aus.

Da in der Oberstadt ganzjährig eine eigenstädnige Reinigungskollonne eingesetzt ist, erfolgt die Reinigung über das in der Satzung vorgesehene Maß hinaus.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 14 11/2006) Vorlage: VO/0868/2006

Ist mittlerweile sichergestellt, dass in Marburger Schulen Lehrer/innen von Schüler/innen resp. Eltern keine zusätzlichen Ausgaben (für Lektüre, Bastelmaterial, Taschenrechner, Sportausrüstung usw.) verlangen, die das Budget von Sozialgeld- oder ALG-II-Empfängern überfordern, die sämtliche derartigen Anschaffungen (nebst täglicher Ernährung, Kleidung, Hygiene ...) für Kinder aus dem Regelsatz von 207 € monatlich zu begleichen haben? Wann und mit welchem Ergebnis hat der Oberbürgermeister darüber mit dem Staatlichen Schulamt und den Schulleitungen gesprochen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Magistrat hat bereits im Februar 2005 und im Februar 2006 zu diesem Thema Stellung bezogen.

Nach wie vor ist festzuhalten, dass eine solche Frage in den Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Schulamtes fällt und für den Schulträger keine Einflussmöglichkeiten bietet.

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 15 11/2006) Vorlage: VO/0869/2006

Es antwortet der Bürgermeister:

Es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, die Meinung von freien Presseredakteuren zu kommentieren. Die Stadt Marburg ist bei der Beauftragung des indischen Sandsteins weit über das hinaus gegangen, was im Allgemeinen beim Konsum von Weltwirtschaftsprodukten getan wird. Es gibt keinen Grund daran zu zweifeln, dass die Angaben des Labour Departments zum Thema Kinderarbeit der Wahrheit entsprechen.

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alexandra Darabos (Nr. 16 11/2006) Vorlage: VO/0894/2006

> Wie haben sich Verkehrsaufkommen, der Schwerlastverkehr sowie die Lärm- und Staubemissionen in der Beltershäuser Straße in den letzten 10 Jahren entwickelt und was könnte die Stadt gegen eine eventuell gewachsene Umweltbelastung unternehmen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Nach Auskunft des FD 33 betreibt die Stadt Marburg selbst keine Verkehrszählung im Bereich der Beltershäuser Straße. Die aktuellsten vorliegenden Daten entstammen der Verkehrsmengenkarte 2000, veröffentlicht am 16.08.2005, die vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen bzw. vom Land Hessen herausgegeben wird und die diese Zählstelle betreiben. Diese weist für die Beltershäuser Straße am Knoten Sonnenblickallee/Am Köppel/Beltershäuser

Straße eine Belastung von 12657 Fahrzeugen/24 h mit einem Anteil von 398 Schwerverkehr-Kfz pro 24 h auf. Dies sind Werte, wie sie vergleichbare Straßen im Stadtgebiet auch aufweisen.

Eine Analyse über eventuelle Änderungen der Verkehrsmengen ist hier derzeit nicht möglich, da andere Daten fehlen.

Die Topographie und die Lage zur Bebauung geben aber keinen Anlass, die Beltershäuser Straße als über das übliche Maß belastet anzusehen. Da die Bebauung - anders als z. B. in der Universitätsstraße - nicht bis an den Straßenrand heranreicht, werden Schadstoffe wie z. B. Feinstäube, Stickoxide u.ä., durch die hier gut mögliche Durchlüftung schnell verteilt und damit die Konzentrationen so gesenkt, dass im Normalfall daraus keine erhöhte Gesundheitsbesorgnis zu erwarten ist. Trotzdem ist eine Absenkung der Immissionsbelastungen durch Reduzierung des Verkehrs und durch stärkeren Einsatz von gasbetriebenen und verbrauchsärmeren Fahrzeugen anzustreben. Insofern wird auf das Umrüstprogramm und das Förderprogramm der Stadtwerke bezüglich Gasfahrzeugen verwiesen.

Eine Bearbeitung der Lärm- und Schadstoffsituation wird im Rahmen der noch ausstehenden Lärmminderungsplanung erfolgen.

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordenten Gerlinde Schwebel (Nr. 17 11/2006) Vorlage: VO/0912/2006

Ist es möglich, die öffentlichen Toilettenanlagen in Marburg einer kritischen Überprüfung zu unterziehen und wenn nötig zu renovieren, damit den Besuchern im Jubiläumsjahr die notwendigen Örtlichkeiten in einem angemessenen Zustand zur Verfügung stehen.

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Toiletten werden regelmäßig überprüft und es wird angestrebt, gravierende Mängel zu beheben. Umfassende Renovierungen sind über das Bauunterhaltungs-Budget nicht zu realisieren.

Im Übrigen werden verschiedene Toilettenanlagen immer wieder durch Vandalismus beschädigt, wodurch bereits erhebliche Kosten entstehen.

Bei den Toilettenanlagen Oberstadtaufzug und Durchgang Rathaus soll in Kürze versuchsweise in Zusammenarbeit mit der Praxis GmbH eine Gebühr von 20 Cent pro Besuch erhoben werden. Im Gegenzug sollen die Toiletten viermal täglich gereinigt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Gottschaldt (ML) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 18:11 Uhr übernimmt wieder der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 18 11/2006) Vorlage: VO/0895/2006

> Sind die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden der Stadt bereits aufgefordert worden, sich am Projekt "Rosenwunder" durch Anpflanzung von Rosen, Aufstellung von Rosenkübeln mit Rosenbepflanzung in den Sommermonaten u. ä. zu beteiligen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Von Seiten der Stadt war es nicht beabsichtigt, Hausbesitzer und Gewerbetreibende zur Anpflanzung aufzufordern.

Dies ist ein Projekt des Marburger Verschönerungsvereins, der in mehreren Pressebeiträgen auf diese Aktion hingewiesen hat. Allerdings hat der Bürgermeister im Rahmen eines solchen Pressetermins die Aktion gelobt und zur privaten Nachahmung empfohlen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass der Magistrat bereit ist, an besonderen, für die Öffentlichkeit interessanten Stellen Rosen zu pflanzen oder Pflanzmaterial zur Verfügung zu stellen, falls von privater Seite die weitere Pflege übernommen wird.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.19 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Uwe Meyer (Nr. 19 11/2006) Vorlage: VO/0896/2006

Wie viel Geld hat die Bauunterbrechung der Ketzerbach mit allen Maßnahmen, Bagger anfahren, Baugrube zuschütten, 2 Tage später Bagger wieder anfahren, Baugrube wieder aufreißen, anlässlich des "Tages der offenen Tür" bei den Nachfolgefirmen von Behring die Stadt gekostet? Mit wie viel Geld hat sich Behring daran beteiligt, damit die Nobelkarossen ohne Erschütterung über den Marbacher Weg zu ihrem Werk fahren konnten?

Wie viel Bauverzögerung ist durch diese Maßnahmen entstanden?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Entgegen der Darstellung in der Frage hat es in der Ketzerbach wegen des "Tages der offenen Tür" keinerlei Unterbrechung oder Verzögerung gegeben. In der Ketzerbach wurde und wird nach wie vor unter laufendem Verkehr gearbeitet.

Die Bauunterbrechung hat sich am Samstag, 23.09.2006, auf den für die Bauphase voll gesperrten Marbacher Weg beschränkt. Die Kosten für die Beschilderung und vorbereitenden Arbeiten belaufen sich auf insgesamt 1.981,88 Euro brutto (Rechnung der ARGE vom 26.10.2006).

Die Kosten trägt die Stadt als Bauherrin allein. Mit den Vor- und Nacharbeiten und der Bauunterbrechung beträgt die zu veranschlagende Bauverzögerung zwei Arbeitstage.

Der "Tag der offenen Tür", an dem sich die wichtigsten Standortfirmen beteiligt haben, wurde unter anderem mit einem Grußwort des Oberbürgermeisters eröffnet, der die überragende Bedeutung dieses Pharma-Standortes für die Stadt betonte. Nicht zuletzt wegen der guten Kooperation zwischen der Stadt Marburg und den Standortfirmen bei der Vorbereitung und Durchführung der Baustelle "Marbacher Weg" war es für die Stadt Marburg selbstverständlich, den ersten "Tag der offenen Tür" seit 10 Jahren an dem Standort durch eine teilweise Freigabe des Marbacher Weges zu unterstützen.

Dies wurde ohne Rücksicht auf den Wert oder den anzusetzenden Zeitwert der jeweils für einen Besuch des "Tages der offenen Tür" in Einsatz genommenen Dienst- oder Privatfahrzeuge getan. Für die Zukunft könnte allerdings erwogen werden, derartige Verkehrsfreigaben auf Fahrräder sowie gas- oder rapsölbetriebene Motoren und auf Zwei-Liter-Autos zu beschränken.

Die Pressemitteilung von Pharmaserv zum "Tag der offenen Tür" am Standort Behringwerke kann dem Fragesteller gerne zur Verfügung gestellt werden.

Zuständiger Dezernet: Bürgermeister Dr. Kahle

zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 20 11/2006) Vorlage: VO/0870/2006

Kann der Magistrat Auskunft geben wie weit die Gespräche gediehen sind zur Entwicklung eines "Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Region Marburger Land", wann die Gründung des Vereins für o. g. Konzept geplant ist und wann dieses Thema in der StVV vorgelegt bzw. in den Ausschüssen diskutiert wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Initiativpapier sowie der Entwurf für eine Vereinssatzung für die Region Marburger Land sind Gegenstand der Tagesordnung der heutigen Sitzung. Die Gründung des Vereins soll erfolgen, sobald die entsprechenden Gremienbeschlüsse in den teilnehmenden Städten und Gemeinden vorliegen.

Die Beauftragung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes ist dann erste Aufgabe des Vereins, eine genaue zeitliche Planung ist hier jedoch noch nicht festgelegt.

Natürlich werden die Stadtverordnetenversammlung und auch die betroffenen Ortsbeiräte rechtzeitig eingebunden.

Kleine Anfrage des Stadtverordneten Roger Pfalz (Nr. 21 11/2006) Vorlage: VO/0871/2006 Ist dem Magistrat bekannt, dass es zum Fahrplanwechsel 2006 / 2007 auch im Zugverkehr insbesondere auf der Strecke Kassel-Marburg-Frankfurt zu ganz erheblichen Änderungen kommen wird und wie wird der Magistrat sicherstellen, dass der neue Busfahrplan darauf abgestimmt wird.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat sind die Änderungen im Nahverkehrsangebot auf der Schiene bekannt, da er bereits seit Jahren aktiv an der Einführung des Mittelhessen-Express mitarbeitet, der auf sein Betreiben endlich in diesem Jahr zum Fahrplanwechsel eingeführt wird.

Das neue Fahrplankonzept der Stadt Marburg ist auf das Angebot in Schienenverkehr ab dem Marburger Hauptbahnhof und ab dem Südbahnhof abgestimmt worden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordenten Köster (ML) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.22 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 22 11/2006) Vorlage: VO/0897/2006

In welcher Form findet die Vergabe für den Druck der Marburger Schülerzeitung statt und wer kommt für die Kosten auf?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Marburger Schulzeitung wird It. Impressum vom Druckhaus Marburg GmbH herausgegeben und ist zunächst rein kommerzieller Natur. Insofern kann der erste Teil der Frage nicht beantwortet werden. Nach Kenntnis des Magistrats finanziert sich die Zeitschrift jedoch aus Werbung. Die Stadt Marburg erbringt keine Zuwendungen für die Marburger Schulzeitung.

zu 4.23 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 23 11/2006) Vorlage: VO/0872/2006

Warum wird der Gehweg "Am Köppel" auf der Waldseite nicht mehr von Unkraut und Dreck befreit?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Fahrbahn und der Gehweg "Am Köppel" sind nicht im Straßenverzeichnis für die öffentliche Straßenreinigung enthalten. Für das Anliegergrundstück der Waldseite gilt die Übertragung der Reinigungspflicht gemäß § 1 Straßenreinigungssatzung allerdings auch nicht.

Nach einem Urteil des VG Gießen wurde für landwirtschaftlich genutzte Flächen, die kein Bauerwartungsland sind, eine Reinigungspflicht verneint, da diese Grundstücke keinen Vorteil von der innerorts üblichen, straßenbaulichen Erschließung hätten und entsprechend auch keinen Vorteil von der innerorts üblichen Straßenreinigung und dem Winterdienst hätten. Daraus wurde in dem o. g. Urteil abgeleitet, dass für landwirtschaftlich genutzte Flächen auch keine Belastung durch Straßenreinigungspflicht und Winterdienst erfolgen darf.

Nach einer Auslegung dieses Urteils durch den FD Rechtsservice gilt dies auch für forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Damit fällt die Reinigungspflicht auf die Stadt zurück.

Vor mehreren Monaten hat der FD Tiefbau damit begonnen, die betroffenen Flächen im Stadtgebiet systematisch zu erfassen. Diese Erhebung steht kurz vor dem Abschluss. Danach wird der DBM einen Auftrag erhalten, diese Flächen in die Straßenreinigung und den Winterdienst aufzunehmen. Dann wird auch der Gehweg auf der Waldseite in der Straße "Am Köppel" im Rahmen des finanziell Möglichen wieder gereinigt werden. Es wird jedoch eine Erhöhung der HHSt. 01.6750.5430 Straßenreinigung und 01.6750.5440 Winterdienst notwendig werden.

zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 24 11/2006) Vorlage: VO/0898/2006

Inwieweit liegen der Stadt Pläne vor bzw. inwieweit beteiligt sich die Stadt an dem Vorhaben, ein Bewegungszentrum in dem vorhandenen Gebäude auf dem Kinderspielplatz Sommerstraße in Cappel zu errichten, und wem wird dieses zur Verfügung stehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zu dem Projektvorhaben "Bewegungszentrum" können derzeit keine Angaben gemacht werden, da wegen der Projektskizze noch Verhandlungen mit den betreffenden Akteuren stattfinden müssen.

zu 4.25 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 25 11/2006) Vorlage: VO/0873/2006

"Wann steht das Kataster für historisch wertvolle und erhaltenswerte Gebäude zur Verfügung?"

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Erstellung der Denkmaltopografie Marburg II ("Kataster") erfolgt durch das Landesamt für Denkmalpflege Hessen (LfDH). Nach Auskunft der zuständigen

Außenstelle hier in Marburg wird voraussichtlich die wissenschaftliche Ausarbeitung den Gremien der Stadt zur abschließenden Zustimmung im März 2007 vorgelegt. Wann das gedruckte Werk zur Verfügung steht, konnte von dort noch nicht gesagt werden. Der Magistrat der Stadt Marburg hat bereits in 1996 seinen finanziellen und fachlichen Beitrag (Erarbeitung der Denkmalkartei, Fotos und Beschreibungen etc.) geleistet und abschließend alle Unterlagen 2003 dem LfDH übergeben. Die Denkmalkartei (Denkmalfachschale) als rechtsverbindliche Arbeitsgrundlage der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) nach dem Hessischen Denkmalschutzgesetz (HDSchG) kann dort eingesehen werden bzw. können betroffene und interessierte Bürger entsprechende Auszüge (Plan und Text) erhalten.

zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 26 11/2006) Vorlage: VO/0899/2006

Werden kleine und große Anfragen, vollständig, d.h. einschließlich der Antworten, als Webseite angeboten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die kleinen Anfragen mit Antworten sind Bestandteil der jeweiligen Niederschrift und stehen damit auch im Informationssystem zur Verfügung.

Die großen Anfragen mit Antworten können über die Homepage der Stadt ebenfalls eingesehen werden:

Service & Rathaus - Politik/Wahlen - Textrecherche - *Große Anfrage*

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Rausch wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Markus (Nr. 27 11/2006) Vorlage: VO/0900/2006

Wie hoch ist die Auslastung des Blockheizkraftwerkes in der Poitierstraße im Vollbetrieb?

Wie viel Leistung wird nachgefragt, bzw. Reserven stehen zur Verfügung?

Es antwortet der Bürgermeister:

Das Blockheizkraftwerk Weidenhausen-Süd in der Poitiersstraße ist gemäß seiner Auslegungsdaten ausgelastet. Die geplante Auslastung sieht eine Stromerzeugung von rund 500.000 kWh/Jahr vor, diese wird auch erreicht.

Die Anlage ist vollausgelastet. Der Anschluss z. B. eines neues Baugebietes ist nicht möglich.

zu 4.28 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 28 11/2006) Vorlage: VO/0874/2006

An wie viele Beschäftigte werden in welchen Beschäftigungsbereichen von der Stadt oder ihren Unternehmen Löhne von unter 7,50 € gezahlt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadt und ihre Unternehmen zahlen grundsätzlich Tariflöhne an ihre Beschäftigten, die in der weit überwiegenden Mehrzahl einen deutlich über dem angesprochenen Stundenlohn von 7,50 € erhalten.

Mit der Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst, der für die Beschäftigten der Stadtverwaltung, des DBM und der Bäder gilt, ist in 2005 eine völlig neue Entgelttabelle eingeführt worden. Demnach beträgt das niedrigste Entgelt in der Entgeltgruppe 1 1.286 € monatlich. Bezogen auf die derzeit geltende Regelarbeitszeit entspricht dies einem Entgelt pro Stunde i. H. v. 7,68 €. Diese Entgeltgruppe 1 wurde von den Tarifvertragsparteien explizit eingeführt, um im Niedriglohnsektor einen Tarif innerhalb des TVöD anbieten zu können und dadurch ein Abwandern in andere Tarife zu verhindern. Bei der Stadtverwaltung Marburg käme ein solcher Tarif bspw. in der Stadthalle für Aushilfskräfte im Garderobenbereich in Betracht, die dort stundenweise eingesetzt werden.

Bei der Stadtwerketochter MaBuS wird auf der Grundlage eines Hessischen Landestarifs für Omnibusbetriebe ein Mindestlohn i. H. v. 9,36 € pro Stunde für AST-Fahrer und von 9,66 € für Busfahrer gezahlt.

Lediglich im Bereich der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH besteht eine gewisse Besonderheit, da aufgrund der hinlänglich bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Austritt aus dem Arbeitgeberverband erfolgte. Die von der Stiftung St. Jakob übernommenen Alt-Beschäftigten erhalten nach wie vor ein Gehalt auf der Grundlage des ehemaligen BAT. Neu eingestellte Beschäftigte werden nach einem hauseigenen Tarif eingestuft, dessen geringste Grundvergütung einem Stundenlohn i. H. v. 8,22 € entspricht. Bei der Marburger Service GmbH, einer Tochtergesellschaft der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH, wird eine Vergütung in Anlehnung an den Tarif des Hotel- und Gaststättenverbandes gezahlt. Hier liegt der niedrigste Stundenlohn als Grundvergütung (ohne Zuschläge) bei 7,36 €, der derzeit an 2 Beschäftigte gezahlt wird. Mit dem Wirtschaftsplan 2007 ist allerdings eine Erhöhung um 5 % vorgesehen, so dass dann ein Stundenlohn i. H. v. 7,73 € als Grundvergütung erreicht wird.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Metz und Köster (ML) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.29 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 29 11/2006) Vorlage: VO/0901/2006

In welchen Abständen werden die abgenutzten Türrahmen zum Oberstadtaufzug gestrichen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Türrahmen der beiden Aufzugsanlagen des Oberstadtaufzuges wurden bisher nicht in bestimmten Abständen gestrichen. Eine Erneuerung des Anstriches war, da nicht dringend erforderlich, seitens FD 65 in nächster Zeit nicht vorgesehen.

Da in der nächsten Woche, 48. KW, die Kabinentüren der einen Aufzugsanlage erneuert werden, werden kurzfristig die Türrahmen dieses Aufzuges parallel zu den Arbeiten neu gestrichen.

Die Erneuerung der Kabinentüren der anderen Aufzugsanlage soll in 2007 erfolgen. Im Rahmen dieser Arbeiten werden dann die Türrahmen dieses Aufzuges ebenfalls neu gestrichen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.30 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 30 11/2006) Vorlage: VO/0875/2006

Ist der Magistrat ernsthaft an einer Mitarbeit der Fraktionen bei der Altstadtsanierung Marburg interessiert und wenn ja, wieso ist die Einladung zu der Veranstaltung vom 11.10.2006 erst einen Tag vorher (10.10.2006) eingetroffen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat ist selbstverständlich an einer Mitarbeit der Fraktionen bei der Altstadtsanierung interessiert. Die Einladungen an die Fraktionen vom 05.10.2006 wurden mit Postausgang am 07.10.2006 verteilt und zugestellt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lohse (CDU) und Metz (ML) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.31 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 31 11/2006) Vorlage: VO/0902/2006

> Warum wird der Verbindungsweg zwischen Hansenhaus (Gerhart-Hauptmann-Straße) und Richtsberg nicht mehr gereinigt?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Dieser Weg wird grundsätzlich in einem 14-tägigen Turnus gereinigt.

Aufgrund der waldähnlichen Umgebung ist durch die Laubsaison eine stärkere Verunreinigung wahrnehmbar. Der DBM ist bestrebt, in dieser Zeit einen kürzeren Reinigungsintervall zu realisieren. Dabei sind jedoch die verfügbaren Personalkapazitäten zu berücksichtigen.

Die letzte Reinigung erfolgte am 17.11.06.

zu 4.32 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 32 11/2006) Vorlage: VO/0903/2006

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, aus laufenden Haushaltsmitteln eine Verglasung des Außen-Sitzbereiches der Friedrich-Ebert-Schule vorzunehmen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Haushaltsplanentwurf 2007 sind keine Haushaltsmittel für die Erweiterung der Caféteria an der Friedrich-Ebert-Schule vorgesehen.

Die vom FD 65 geschätzten Kosten für die Umbaumaßnahme betragen 57.000.00 Euro.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Pötter (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.33 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 33 11/2006) Vorlage: VO/0904/2006

> Wie vielen potentiellen Kundlnnen hat die Sparkasse Marburg-Biedenkopf in den letzten drei Jahren aus welchen Gründen die Einrichtung eines Guthabenkontos verweigert?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Gemäß Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf (§ 4 Abs. 2) führt die Sparkasse für natürliche Personen aus ihrem Geschäftsgebiet auf Antrag Girokonten. Damit ist verankert, dass die Sparkasse entsprechenden Wünschen auf Einrichtung eines Girokontos nachkommt. Eine Verpflichtung zur Führung eines Girokontos besteht laut Satzung aber nicht, wenn:

- 1. der Kontoinhaber Dienstleistungen bei Kreditinstituten missbraucht hat,
- 2. das Konto ein Jahr lang umsatzlos geführt wurde,
- 3. das Konto kein Guthaben aufweist und der Kontoinhaber trotz Aufforderung nicht für Guthaben sorgt,

4. der Sparkasse aus anderen wichtigen Gründen die Geschäftsbeziehung im Einzelfall nicht zumutbar ist.

Sogenannte "Guthabenkonten" als spezielle Produktvariante wurden bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf im Januar 2006 eingeführt. Derzeit werden ca. 750 solcher Konten geführt. Auch für die Ablehnung eines Guthabenkontos gelten die o.g. satzungsmäßigen Bestimmungen.

Eine Statistik zur Erfassung von Ablehnungen wird in unserem Hause nicht geführt. Daher können wir keine verlässliche Aussage über die Anzahl abgelehnter Anträge auf ein Girokonto treffen. Nach unserer Einschätzung kann es sich aufgrund der Regelung in der Satzung nur um Einzelfälle handeln.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.34 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 34 11/2006) Vorlage: VO/0905/2006

Inwieweit ist dem Magistrat bekannt, dass das Land Hessen die Gebäude der Polizei, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Schulamtes in Marburg verkauft hat?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Absicht des Landes Hessen landeseigene Immobilien zu veräußern, ist dem Magistrat durch Informationen aus dem Internet sowie entsprechende Presseinformationen bekannt gewesen.

Vom eigentlichen Verkauf von Behördenbauten durch das Land Hessen - darunter auch Marburger Liegenschaften - hat der Magistrat erst am 16.11.2006 Kenntnis bekommen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Acker (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.35 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr. 35 11/2006) Vorlage: VO/0906/2006

Ist dem Magistrat bekannt, wer der Käufer ist, zu welchen Konditionen der Verkauf erfolgte und wie die Konditionen für die Wiederanmietung der Gebäude sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Das Land Hessen verkauft im Paket mehrere landeseigene Immobilien, darunter in Marburg gelegene Behördenbauten, die das Land dann wieder zurückmietet. Eine weitere Darlegung der mit dem Kauf und Mietverträgen festgelegten

Konditionen, ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Nachfragen in dieser Richtung sollten direkt an das Land Hessen gerichtet werden.

zu 5 Neuwahl eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin für den Schiedsamtsbezirk Marburg II (Kernstadt links der Lahn)

Vorlage: VO/0840/2006

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Metz (ML).

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten. Es lag nur der bereits in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag von SPD und CDU vor, Herrn Hans-Joachim Schäfer, geb. 14.09.1941 in Marburg, Lenaustraße 2 b, 35039 Marburg zum stellvertretenden Schiedsmann zu wählen. Geheime Abstimmung wurde nicht beantragt. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung gemäß dem vorliegenden Wahlvorschlag zu wählen.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird keine geheime Wahl gewünscht. Weitere Wahlvorschläge werden nicht vorgelegt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss: Herr Hans-Joachim Schäfer wird einstimmig (mit der Mehrzahl der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten) zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsamtsbezirk Marburg II (Kernstadt links der Lahn) gewählt.

zu 6 Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2007 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2007

Vorlage: VO/0829/2006

Oberbürgermeister Vaupel trägt in seiner Eigenschaft als Kämmerer die Haushaltsrede vor, begleitet von einer PowerPoint-Präsentation.

Anschließend wird die Haushaltsrede in gedruckter Form allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Der Stadtverordnete Dr. Wulff (CDU) beantragt, die Überweisung des Haushaltes 2007 an den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung. Dagegen wird nicht besprochen. Somit ist der TOP 6 an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Neustrukturierung der Abwasserorganisation der Stadt Marburg Vorlage: VO/0672/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde im Ältestenrat angemeldet. Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Metz (ML), Musket (SPD), Dr. Wulff (CDU), Becker (SPD), Metz (ML), Köster (ML), Oberbürgermeister Vaupel, Köster (ML) und erneut Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 19:58 Uhr bis 20:23 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), die Sitzung geleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Bereich Stadtentwässerung bei der Stadt Marburg wird organisatorisch neu strukturiert. Hierzu werden folgende Maßnahmen zum 01.01.2007 umgesetzt:

- 1. Der Gebührenhaushalt Stadtentwässerung (UA 7000) wird auf den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg (DBM) übertragen. Hierzu wird ebenfalls die entsprechende Gebührenausgleichsrücklage zur zweckentsprechenden Verwendung auf den DBM übertragen.
- 2. Das Vermögen am Kanalnetz wird in einer Größenordnung von rd. 34 Mio. EUR auf den DBM übertragen. Gleichzeitig übernimmt der DBM städtische Darlehensverpflichtungen i.H.v. rd. 29,7 Mio. Euro.
- 3. Die Stadtwerke Marburg GmbH übernimmt die technische und kaufmännische Geschäftsbesorgung der Aufgabe "Stadtentwässerung" inklusive aller Neuinvestitionen. Dazu wird zwischen DBM und SWM ein entsprechender Geschäftsbesorgungsvertrag, der der Zustimmung des Magistrats bedarf, abgeschlossen.
- 4. Zur Durchführung der technischen Betriebsführung wird das bisher beim Fachdienst Tiefbau für das Kanalnetz zuständige Personal auf der Basis tarif- und beamtenrechtlicher Bestimmungen per Personalgestellung bei der Stadtwerke Marburg GmbH eingegliedert.
- 5. Die Stadtwerke Marburg GmbH ist verpflichtet, eine Rückübertragung des bei ihr aufgebauten Vermögens zu den jeweiligen Restbuchwerten an die Stadt Marburg oder den Abwasserverband Marburg vorzunehmen, sofern die Stadtverordnetenversammlung in der Zukunft eine entsprechende Umstrukturierung beschließt.

hier: 374.000 € für das Solarstromprojekt 2006

Vorlage: VO/0773/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Abs. 2 i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 374.000 €.

Die Bürgschaft dient der Finanzierung eines weiteren Photovoltaik-Projekts.

Zur Sicherstellung einer tragfähigen Finanzierung wird ausnahmsweise auf eine Bürgschaftsprovision verzichtet.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

zu 9 Jahresabschluss des Fachdienstes Städtische Bäder zum 31.12.2005 Vorlage: VO/0831/2006

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem TOP 10 "Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses des Fachdienstes Städtische Bäder für das Jahr 2006" und TOP 11 "Wirtschaftsplan 2007 des Fachdienstes Städtische Bäder".

Die Vorlagen werden zusammen in einer Aussprache beraten. Für den Hauptund Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde beantragt über die 3 Bestandteile des Beschlusses einzeln abzustimmen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu iedem der 3 Beschlussbestandteile. Rahmen der Aussprache sprechen lm Stadtverordneten Köster (ML), Jannasch (CDU), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Stadträtin Dr. Weinbach, Heubel (CDU), Severin (SPD) und Köster (ML). Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher genau wie im Hauptund Finanzausschuss über die 3 Beschlussbestandteile jeweils separat abstimmen.

 Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, FDP und MBL bei Enthaltung der Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Jahresabschlusses des Fachdienstes Städtische Bäder zum 31.12.2005 wird mit einer Bilanzsummer von 294.249,37 EURO und einem Jahresverlust von 82.908,25 EURO festgestellt.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Defizit wird aus dem Haushalt 2006 der Stadt Marburg ausgeglichen.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Fachdienstleitung wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

zu 10 Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 2006

Vorlage: VO/0724/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Beratung wurde bereits im Zusammenhang mit dem TOP 9 durchgeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Theobald & Jung GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Carlo-Mierendorff-Str. 15, 35398 Gießen, wird als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung den Jahresabschluss 2006 für den Fachdienst Bäder bestellt.

zu 11 Wirtschaftsplan 2007 des Fachdienstes Städtische Bäder Vorlage: VO/0830/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wurde bereits zusammen mit den Tagesordnungspunkten 9 und 10 durchgeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie Nein-Stimmen aus CDU, Marburger Linken und MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion und einer Enthaltung aus der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2007 des Fachdienstes städtische Bäder wird beschlossen.

zu 12 Wirtschaftsplan 2007 der Stadtwerke Marburg GmbH Vorlage: VO/0822/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2007 der Stadtwerke Marburg GmbH wird zugestimmt.

zu 13 Marburger Ortsrecht

hier: IV. Nachtrag zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/0735/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte IV. Nachtrag zur Satzung über die Bildung der Schulbezirksgrenzen in der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

zu 14 I. Nachtrag zur Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/0777/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung des I. Nachtrages zur Abfallsatzung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBL, sowie bei Nein-Stimmen der FDP und der Marburger Linken folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

den beigefügten I. Nachtrag zur Abfallsatzung der Universitätsstadt Marburg

zu 15 Neufassung der Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg Vorlage: VO/0785/2006

Zusammen mit diesem Tagesordnungspunkt wird der TOP 23.8 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkgebühren in Marburg" aufgerufen und beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet zum Tagesordnungspunkt 15 der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Pfalz (CDU), Markus (Bündnis 90/Die Grünen), Ludwig (MBL), Bürgermeister Dr. Kahle und erneut Ludwig (MBL).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und MBL gegen die Stimmen der CDU, bei Enthaltung der Marburger Linken und der FDP folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

die beigefügte Neufassung der Gebührenordnung für die öffentlichen Parkflächen in der Universitätsstadt Marburg (Parkgebührenordnung).

zu 16 Marburger Ortsrecht

hier: IV. Nachtrag zu der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg

Vorlage: VO/0802/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der IV. Nachtrag zu der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte im Gebiet der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

zu 17 Marburger Ortsrecht

hier: XV. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder (Kindergärten - Kindertagesstätten - Hort und Krippe) der Stadt Marburg

Vorlage: VO/0808/2006

Der Tagesordnungspunkt wird vom Stadtverordnetenvorsteher zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 23.2 "Antrag Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kindergartengebühren".

Der Tagesordnungspunkt 17 ist im Sozialausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP), Metz (ML), Oppermann (CDU) und für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend einstimmtig folgenden Beschluss:

Der beigefügte XV. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Tageseinrichtungen für Kinder (Kindergärten - Kindertagesstätten - Hort und Krippe) der Stadt Marburg wird beschlossen.

zu 18 Marburger Ortsrecht

hier: Neufassung der Marktordnung für den Flohmarkt der Stadt Marburg

Vorlage: VO/0809/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Oberbürgermeister Vaupel hat im Haupt- und Finanzausschuss die Vorlage erläutert und darum gebeten, dass im § 3 Abs. 2 b der Satzung die Wörter "Nationalsozialistischen Erinnerungsstücken" durch die Wörter "Gegenstände mit Nationalsozialistischer Symbolik" ersetzt werden.

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Neufassung der Marktordnung für den Flohmarkt in der Stadt Marburg wird beschlossen.

Mit der vom Oberbürgermeister gewünschten Änderung "Gegenstände mit Nationalsozialistischer Symbolik".

zu 19 Bauleitplanung der Stadt Marburg;

- Teiländerung des Flächennutzungsplanes Nr. 20/3, Marburg-Cyriaxweimar
- Zustimmungsbeschluss

Vorlage: VO/0801/2006

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Das Schreiben des Trägers öffentlicher Belange mit Anregungen wird zur Kenntnis genommen. Dem angeführten Abwägungsvorschlag wird gemäß Einzelstellungnahme zugestimmt.
- 2. Der Teiländerung Nr. 20/5 des Flächennutzungsplans und Begründung im Bereich Marburg-Cyriaxweimar wird zugestimmt.

zu 20 Bauleitplanung der Stadt Marburg;

- Bebauungsplan Nr. 20/5, Marburg-Cyriaxweimar, Marktweg
- Satzungsbeschluss

Vorlage: VO/0803/2006

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- Die Schreiben der Träger öffentlicher Belange mit Anregungen und die Anregungen der Bürger werden zur Kenntnis genommen. Den angeführten Abwägungsvorschlägen wird gemäß Einzelstellungnahme zugestimmt.
- Der Bebauungsplan Nr. 20/5, Marburg-Cyriaxweimar, Marktweg, wird einschließlich Begründung als Satzung beschlossen.

 Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 20/5, Marburg-Cyriaxweimar, Marktweg, werden gemäß § 81 Abs. 1 Hessische Bauordnung (HBO) als Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des o. g. Bebauungsplans beschlossen.

zu 21 Region Marburger Land Vorlage: VO/0832/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das beigefügte Initiativpapier zur Gründung der Region Marburger Land für das Gebiet der Städte und Gemeinden Ebsdorfergrund, Fronhausen, Weimar und Amöneburg und der Universitätsstadt Marburg mit Ausnahme der Kernstadt und der verstädterten Stadtteile Cappel, Marbach und Wehrda einschließlich eines Satzungsentwurfes für einen noch zu gründenden gemeinnützigen eingetragenen Verein zur Kenntnis.
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt der in Gründung befindlichen neuen Region Marburger Land beitreten zu wollen, sofern eine Anerkennung als Region durch das Land Hessen erfolgt.
- 3. Zu diesem Zweck sollen die beigefügten Unterlagen von den beteiligten Kommunen mit inhaltlich gleichlautenden Beschlüssen derer Vertretungsorgane gemeinsam an das zuständige Ministerium geleitet werden mit der Bitte die Erstellung eines für die Anerkennung als neue Region erforderlichen Regionalen Entwicklungskonzeptes finanziell zu unterstützen.
- 4. Parallel dazu soll der Entwurf einer Satzung für einen gemeinnützigen Verein zwischen den beteiligten Kommunen endverhandelt werden.

zu 23 Anträge der Fraktionen

zu 23.1 Antrag der SPD/B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Geschwindigkeitsreduzierung bei der Bubenmühle in Dilschhausen Vorlage: VO/0556/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Vorlage wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 22. September 2006 an den Ortsbeirat des Stadtteiles Dilschhausen zur Stellungnahme überwiesen. Die Stellungnahme liegt inzwischen vor. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung daher folgenden Antragstext zu beschließen:

Der Oberbürgermeister - als Straßenverkehrsbehörde der Stadt Marburg - wird aufgefordert, die Geschwindigkeit auf 70 km/h im Bereich der Bubenmühle Dilschhausen festzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Oberbürgermeister - als Straßenverkehrsbehörde der Stadt Marburg - wird aufgefordert, die Geschwindigkeit auf 70 km/h im Bereich der Bubenmühle (Dilschhausen) festzusetzen.

zu 23.2 Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Kindergartengebühren Vorlage: VO/0621/2006

Der Antrag wurde zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 17 und in der Debatte verbunden. Zunächst berichtet jedoch für den Sozialausschuss die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vorlage wurde im Sozialausschuss wie folgt abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt,

- 1. eine Satzungsänderung mit dem Ziel vorzubereiten, dass die Gebühren für ein Kindergartenjahr ab dem 01.01.2007 erlassen werden können.
- Beim Land Mittel aus dem Bambini-Fond für die Freistellung der Kindergartengebühren eines Jahres zu beantragen.

3. Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Landesregierung zur Finanzierung des gebührenfreien Kindergartenjahres nicht auf Mittel des Sozialhilfelastenausgleichs zurückgreift, sondern für diese Aufgabe originäre Landesmittel zur Verfügung stellt.

Über die drei Ziffern wurde im Sozialausschuss getrennt abgestimmt. Die Ziffern 1 - 3 wurden jeweils zur Annahme empfohlen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet zu diesem Antrag der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich darauf geeinigt, nur noch über die Ziffer 3 der Vorlage, so wie sie im Sozialausschuss verändert wurde, abzustimmen. Die Abstimmung über die ersten beiden Teile des Antrages habe sich durch die Zustimmung zu der Magistratsvorlage TOP 17 erledigt.

Gegen diese Verfahrensweise wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst zu Ziffer 3 des Antrages gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür die Landesregierung einzusetzen. dass zur Finanzierung des gebührenfreien Kindergartenjahres nicht auf Mittel des Sozialhilfelastenausgleichs zurückgreift, sondern für diese Aufgabe originäre Landesmittel zur Verfügung stellt.

zu 23.3 Antrag der MBL-Fraktion betr. Geschwindigkeitsmessungen Vorlage: VO/0713/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Vorlage ist im Umweltausschuss wie folgt verändert worden:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, bei der zuständigen Behörde zu erwirken, dass

- 1. die Temporeduzierung von 100km/h auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW umgesetzt wird.
- 2. auf der B 3a, Stadtautobahn, regelmäßig in kürzeren Abständen in beiden Fahrtrichtungen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, ggf. unter Einrichtung stationärer Messeinrichtungen.
- 3. jeweils zu Beginn der Geschwindigkeitsbegrenzung in südlicher und nördlicher Fahrtrichtung Hinweisschilder aufgestellt werden, die auf Geschwindigkeitsmessungen hinweisen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnete Ludwig (MBL) beantragt für die Antragstellende Fraktion, auch über die ursprüngliche Form des Antrages abzustimmen. Der Stadtverordnetenvorsteher sagt dies zu und lässt alternativ über beide Antragsfassungen abstimmen.

Abstimmung über die veränderte Antragsfassung aus dem Umweltausschuss:

Für diese Fassung sprechen sich 28 Stadtverordnete aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus.

Abstimmung über die ursprüngliche Fassung des Antrages:

Für diese Fassung sprechen sich 27 Stadtverordnete aus. 2 Stadtverordnete enthalten sich der Stimme.

Damit hat die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, bei der zuständigen Behörde zu erwirken, dass

- 1. die Temporeduzierung von 100km/h auf 80 km/h für PKW und 60 km/h für LKW umgesetzt wird.
- 2. auf der B 3a, Stadtautobahn, regelmäßig in kürzeren Abständen in beiden Fahrtrichtungen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, ggf. unter Einrichtung stationärer Messeinrichtungen.
- 3. jeweils zu Beginn der Geschwindigkeitsbegrenzung in südlicher und nördlicher Fahrtrichtung Hinweisschilder aufgestellt werden, die auf Geschwindigkeitsmessungen hinweisen.

zu 23.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrskonzept Vorlage: VO/0717/2006

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 23.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Förderung des Ehrenamtes Vorlage: VO/0722/2006

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss für erledigt erklärt worden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 23.6 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Verbesserung der Wegebeziehungen um das Sportgelände am Georg-Gassmann-Stadion Vorlage: VO/0772/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Anhand der Niederschrift berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt:

- 1. dafür zu sorgen, dass der Fußweg zwischen dem Bachweg und der Gisselberger Straße durch geeignete Maßnahmen aufgewertet wird (bessere Ausleuchtung, starker Rückschnitt des Bewuchses).
- unter Federführung des Fachdienstes Sport zu überprüfen, ob eine Wegebeziehung durch das Sportgelände in Richtung Bachweg angeboten werden kann, um den Großparkplatz der Kaufmännischen Schulen für Besucher von Sportveranstaltungen attraktiv erreichbar zu machen.

zu 23.7 Antrag B90/Die Grünen/SPD - Kein Atomstrom Vorlage: VO/0774/2006

Die Vorlage wird vertagt.

zu 23.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkgebühren in Marburg Vorlage: VO/0786/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehung des Antrages.

Die Aussprache wurde bereits im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 15 durchgeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SDP, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 23.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Prävention von Adipositas Vorlage: VO/0787/2006

Der Antrag ist bereits zu Beginn der Sitzung auf Wunsch der CDU-Fraktion zurückgestellt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 23.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bau der Turnhalle für die Otto-Ubbelohde-Schule Vorlage: VO/0788/2006

Der Antrag wurde zurückgezogen, da er in veränderter Fassung evtl. neu eingereicht werden soll.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 23.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Schaffung von breiten Parkplätze für Mütter mit Kinderwagen in der Marburger Innenstadt (Kinderwagenparkplätze) Vorlage: VO/0789/2006

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag wurde im Sozialausschuss wie folgt verändert:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie in Marburger Parkhäusern und auf Parkplätzen Familienparkplätze in ausreichender Anzahl eingerichtet werden können, die das problemlose Ein- und Ausladen von Kinderwagen und Rollatoren ermöglichen.

Dieser Antragsfassung sind im Sozialausschuss alle Fraktionen beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Antragsfassung.

Der Antrag ist auch im Umweltausschuss beraten worden. Er wurde dort wie folgt erweitert:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wo in der Marburger Innenstadt breite Parkplätze für Personen in Begleitung von Kleinkindern (Eltern, Großeltern, andere Begleitpersonen) eingerichtet werden können (Kinderwagen-Parkplätze).

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, diese ergänzte Antragsfassung anzunehmen.

Weiterhin ist der Antrag auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er wurde dort wie folgt angeändert:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wo in der Marburger Innenstadt breite Parkplätze für Betreuungspersonen mit Kinderwagen eingerichtet werden können.

Der Stadtverordnetenvorsteher schlägt dem Hause nun vor, die weitesgehende Antragsfassung aus dem Sozialausschuss als Grundlage für die Abstimmung zu nehmen. Dem wird nicht widersprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie in Marburger Parkhäusern und auf Parkplätzen Familienparkplätze in ausreichender Anzahl eingerichtet werden können, die das problemlose Ein- und Ausladen von Kinderwagen und Rollatoren ermöglichen.

zu 23.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Elisabethjubiläum 2007 Vorlage: VO/0790/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Im Umweltausschuss wurde über die ursprünglich Fassung des Antrages abgestimmt und über folgende ergänzte Fassung:

Der Magistrat wird gebeten, die Attraktivität der Stadt Marburg zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern.

Diese ergänzte Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme. Die ursprüngliche Fassung wurde mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die ursprünglich Fassung des Antrages ebenfalls abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt alternativ über die veränderte Fassung und die ursprüngliche Fassung abstimmen. Die geänderte Fassung erhält die Zustimmung der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Die ursprüngliche Fassung wird unterstützt durch die Fraktionen CDU, FDP und MBL, die Fraktion Marburger Linke hat sich enthalten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat somit folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird gebeten, die Attraktivität der Stadt Marburg zu erhalten und nach Möglichkeit zu verbessern.

zu 23.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Baumschnitt

Vorlage: VO/0791/2006

Der Antrag wurde zurückgezogen.

zu 23.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Weiterbau des Radwegenetzes Vorlage: VO/0792/2006

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage zunächst an den Radverkehrsbeirat zur Beratung zu überweisen.

Dagegen wird nicht gesprochen.

Die Vorlage wird an den Radverkehrsbeirat überwiesen.

zu 23.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Betriebskindergarten am Standort Behringwerke Vorlage: VO/0793/2006

Der Antrag ist im Sozialausschuss auf Wunsch der Antragsteller zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 23.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden der Stadt Marburg Vorlage: VO/0794/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss wie folgt abgeändert worden:

Der Magistrat wird beauftragt, analog der Entscheidung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt in den öffentlichen Gebäuden der Stadt Marburg und ihrer Gesellschaften auf ein Rauchverbot hinzuwirken.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch in Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Eine Beschlussempfehlung wurde jedoch nicht gegeben. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über die veränderte Antragsfassung aus dem Umweltausschuss abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, analog der Entscheidung im Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung in Darmstadt in den öffentlichen Gebäuden der Stadt Marburg und ihrer Gesellschaften auf ein Rauchverbot hinzuwirken.

zu 23.17 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verkaufspreise für Strom und Gas Vorlage: VO/0815/2006

Der Antrag wird vertagt.

zu 23.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mindestlöhne Vorlage: VO/0816/2006

Der Antrag wird vertagt.

zu 23.19 Antrag der FDP-Fraktion betr. Direktverbindung Marburg-Eisenach Vorlage: VO/0823/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag wurde im Ausschuss wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten, über die Planungsgruppe Elisabethjahr und die MTM zu prüfen, ob im Jubiläumsjahr 2007 an bestimmten Tagen und/oder zu herausragenden Ereignissen Busfahrten Marburg/Eisenach bzw. Marburg/Eisenach eingerichtet werden können.

Dieser Antragsfassung sind alle Fraktionen beigetreten. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt somit die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Umweltausschuss beraten worden, er wurde dort wie folgt ergänzt:

Die Stadtwerke Marburg werden gebeten, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Eisenach zu prüfen, ob im Jubiliäumsjahr 2007 an bestimmten Tagen und/oder zu herausragenden Ereignissen eine direkte Busverbindung Marburg/Eisenach - Eisenach/Marburg eingerichtet werden kann.

Der Magistrat wird gebeten, im Rahmen der Vorbereitungsgruppe zum Elisabethjahr zu prüfen, ob an bestimmten Tagen eine Busverbindung Marburg - Eisenach eingerichtet werden kann.

Dieser Antragsfassung wird vom Umweltausschuss zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die weitergehende Fassung des Umweltausschusses abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtwerke Marburg werden gebeten, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Eisenach zu prüfen, ob im Jubiliäumsjahr 2007 an bestimmten Tagen und/oder zu herausragenden Ereignissen eine direkte Busverbindung Marburg/Eisenach - Eisenach/Marburg eingerichtet werden kann.

Der Magistrat wird gebeten, im Rahmen der Vorbereitungsgruppe zum Elisabethjahr zu prüfen, ob an bestimmten Tagen eine Busverbindung Marburg - Eisenach eingerichtet werden kann.

zu 23.20 Antrag der FDP-Fraktion betr. Renovierung von Fußgänger-Unterführungen Vorlage: VO/0826/2006

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Im Bau- und Planungsausschuss ist der Beschlusstext einvernehmlich auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat möge dafür sorgen, dass die Betonwände an der Fußgängerunterführung am Rudolphsplatz neu bemalt werden.

Dieser Antragsfassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss zur Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge dafür sorgen, dass die Betonwände an der Fußgängerunterführung am Rudolphsplatz neu bemalt werden.

zu 23.21 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Deckelung der Entschädigungssatzung

Vorlage: VO/0844/2006

Die Vorlage wird zurückgestellt.

zu 24 Kenntnisnahmen

123. Vergleichende Prüfung 'Wirkung des Finanzausgleichs auf Sonderstatusstädte und zu 24.1 Landkreise' Vorlage: VO/0732/2006 Die Vorlage wird vertagt. zu 24.2 Schreiben des Regierungspräsidiums Gießen zur Aufenthaltsbeendigung der Familie Vorlage: VO/0813/2006 Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Ergebnisse des ökologischen Winterdienstes in der Saison 2005/2006 zu 24.3 Vorlage: VO/0839/2006 Die Vorlage wird vertagt. zu 24.4 Veräußerung des Grundstücks Weidenhäuserstr. 13 / 13a der Stiftung St. Jakob an die GeWoBau Vorlage: VO/0817/2006 Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Wirtschaftsplan 2007 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH zu 24.5 Vorlage: VO/0819/2006 Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis. zu 24.6 Wirtschaftsplan 2007 der Marburger Service GmbH Vorlage: VO/0820/2006 Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:20 Uhr.

Löwer Becker

Stadtverordnetenvorsteher Vorsitzender

der SPD-Fraktion

Heubel Wagner
Vorsitzender Protokoll und
der CDU-Fraktion Geschäftsstelle